

## Kein Respekt vor „Blaulichtfamilie“

### Angriff in Trier-West

**Zum Artikel „Wie können Leute im Suff so etwas tun?“ (TV, 18. Februar) und anderen:**

Ich verurteile das Verhalten dieser Leute mit aller Deutlichkeit (*Ge-meint sind die Angriffe auf Polizisten in Trier, Anm. der Redaktion!*)! Aber wenn Politiker unsere Polizei, Feuerwehr und Sanitäter unsere „Blaulichtfamilie“ nennen, dann schwillt mir der Kamm. Diese Verniedlichung von Polizisten ist mit ein Grund, warum der Respekt verloren geht. Welcher betrunkene Halbstarke in einer Gruppe Gewaltbereiter hat denn da noch Respekt? Niemand! Sie sagen: „Gleich kommt die Blaulichtfamilie“ und lachen sich tot. Wenn dann dazu noch suggeriert wird, dass eh nichts passiert (siehe Berlin), werden sich solche Fälle häufen. Polizei stärken und mehr Befugnisse zuteilen! Frau Dreyer schwächt meines Erachtens unsere Polizei, seit sie im Amt ist. Erst denken und dann reden. Man sollte das Wort „Blaulichtfamilie“ aus dem Vokabular streichen.

Bernd Lauen, Neumagen-Dhron

## Ist nur Geld das Maß aller Dinge?

### Flughafen Hahn

**Zum Artikel „Trotz Plus bei Passagieren: Flughafen Hahn zählt nicht zur kritischen Infrastruktur“ (TV vom 25. Februar):**

Der Flughafen Hahn zählt nicht zur kritischen Infrastruktur, stand im Trierischen Volksfreund. Wie naiv muss man sein? Dieser Flughafen war Militärflughafen. Der Flughafen gehört auf keinen Fall in Hände von Ausländern und erst recht nicht in Hände von Russen oder Türken. Was ist denn, wenn der türkische Bieter nur ein Strohmann für Russland ist? Wie naiv sind unsere Politiker? Es ist nicht zu fassen. Ist nur Geld das Maß aller Dinge? Wenn der Flughafen unbedingt verkauft werden soll, dann nur an jemand Deutsches und nur mit Verbot des Weiterverkaufs an Ausländer, gerade weil er aus meiner Sicht kritische Infrastruktur ist.

Rita Ames, Zeltlingen-Rachtig

## Wo ist die Verhältnismäßigkeit?

### Gewalt gegen Polizisten

**Zum Artikel „Neue Details zum Vorfall in Trier-West“ (TV, 23. Februar):**

Da war es wieder, das laute Aufschreiben der Politik. Es macht uns betroffen! Wir werden mit aller Härte des Gesetzes gegen diese Chaoten vorgehen! Als Nächstes wird sicher ein Gewalt-Gipfel einberufen. Für mich hat die Politik eine Mitschuld an solchen Ereignissen mit ihrer Kuschel-Justiz bei Gewalt gegen Einsatzkräfte. Egal ob Hamburg beim G 20-Gipfel, bei Berlin zu Silvester, oder beim Einsatz vor der Haustür. Wie kann es sein, dass zwei Männer, die vorläufig festgenommen wurden und gegen die ermittelt wird, weil sie Polizisten angegriffen haben sollen, am selben Tag wieder entlassen werden? Gleichzeitig sitzt eine Frau seit 100 Tagen im Gefängnis wegen Schwarzfahrens. Wo ist denn hier die Verhältnismäßigkeit? Ganz zu schweigen von den Androhungen der Erzwingungshaft bei Verweigerung der GEZ-Gebühren. Aber da sitzen ja Politiker im Verwaltungsrat, da geht's um deren Geld. Da muss mit aller Härte des Gesetzes durchgegriffen werden.

Friedhelm Enser, Trier

## Özdemir streicht Werbung für Ungesundes

Geht es nach dem bundesdeutschen Ernährungsminister Cem Özdemir, soll Werbung für Ungesundes künftig nicht mehr erlaubt sein, wenn sie sich gezielt an Kinder unter 14 Jahren wendet. Dabei geht es um Produkte mit zu viel Fett, Zucker und Salz. Doch das gefällt nicht allen.

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER



## Özdemir-Kritiker vertritt Lobby der Fast-Food-Industrie

### Gesunde Ernährung

**Zu „Özdemir will ‚Zuckerbomben‘ entschärfen“ (TV vom 28. Februar):**

Widerstand gegen Özdemirs Vorhaben, die Werbung für ungesunde Lebensmittel und Fastfood-Produkte zu verbieten – wie kann das umstritten sein? Allerhöchste Zeit, dass hier mehr passiert, nachdem Julia Klöckners Versuch der „Selbstverpflichtung“ der Industrie leider kläglich gescheitert ist. So kommen wir offensichtlich gegen die wirtschaftlichen Interessen der Industrie nicht an. Umso begrüßenswerter ist es doch, dass die Bundesregierung nun einen

Ansatz verfolgt, dem Problem der ungesunden Ernährung zu begegnen. Stattdessen wird dem Ernährungsminister vorgeworfen, er ebne „den Weg für Dirigismus, Bürokratie und staatliche Bevormundung“. CDU-Fraktionsvize Steffen Bilger vertritt hier offensichtlich lieber die Lobby der Fast-Food-Industrie, als sich dem Schutz der Verbraucher – insbesondere der Kinder – zu verschreiben. Es ist doch auch keine Bevormundung, wenn Eltern ihren Kindern eine gesunde Ernährung ermöglichen, indem sie ungesunde Lebensmittel aus dem eigenen Haushalt eliminieren. Es entspricht vielmehr

ihrer Fürsorgepflicht und stellt eine positive Lenkung dar. Ich würde mir sogar noch zahlreiche weitere Schritte von der Bundesregierung und von den Ländern wünschen, die Bedeutung einer gesunden Ernährung mehr ins Bewusstsein der Verbraucher zu bringen: 1. Ernährungslehre sollte schon im Kindergarten praktisch und vermittelnd ansetzen (was teilweise schon geschieht). 2. Ernährungslehre sollte an den Grundschulen als eigenes Unterrichtsfach weitergeführt werden. 3. Denkbar wären auch Anti-Werbespots mit drastischen Darstellungen gesundheitlicher Folgen wie zum

Beispiel Karies, Adipositas, Diabetes 2 und so weiter, die eine stark zuckerhaltige Ernährung nach sich ziehen kann. 4. Es braucht klare Restriktionen der Hersteller, was Inhaltsstoffe in Fastfood-Produkten angeht. Es kann nicht Ziel der Politik sein, allein die wirtschaftlichen Interessen der Industrie zu vertreten, sondern sie sollte vielmehr Sorge für die Verbraucher – insbesondere die Kinder – tragen und diese vor den negativen Auswirkungen ungesunder Nahrungsmittel schützen.

Karin Zuche, Bitburg

## Betroffene bringen Licht in die katholischen Dunkelräume

### Sexuelle Gewalt

**Zum Artikel „Sexuelle Nötigung von Messdiener - Ex-Pfarrer verurteilt“ (TV vom 24. Februar):**

Hinter dem Bericht des Trierischen Volksfreundes über die Verurteilung eines saarländischen Pfarrers wegen sexueller Nötigung eines 14-jährigen steckt eine lange Geschichte des Leids und des Versagens. Ich habe im Gerichtssaal den Prozess verfolgt und große Teile dieser Geschichte gehört. Auch die Bischöfe Ackermann, Marx und Bätzing hätten meiner Meinung nach auf der Anklagebank sitzen müssen. Sie sind den Vorwürfen nicht nachgegangen, haben auf Mitteilungen von Staatsanwaltschaften und Kriminalbeamten nicht reagiert.

Erst als der öffentliche Druck zu groß wurde, hat man den Priester ohne Nennung der Gründe 2015 in Ruhestand versetzt. Das kirchenrechtliche Verfahren läuft ergebnislos seit 2017; in Saarbrücken brauchte der Richter eine gute Woche, um den Sachverhalt zu erkennen und zu einem Urteil zu kommen. Allein dem Mut der Betroffenen ist es zu verdanken, dass die Täterstrategie offengelegt wurde. Der Priester hat das „Vertrauen und das Obergkeitsverhältnis“ (aus der Urteilsbegründung des Richters) ausgenutzt. Über Jahrzehnte hielt sich das Schweigen im katholischen Milieu: Kinder und Jugendliche wurden tief ver-

stört zum Stillschweigen angehalten, sexualisierte Gewalt wurde verharmlost, Gläubige wurden eingelullt und instrumentalisiert, priesterliche Selbstherrlichkeit geduldet, bischöfliche Amtspflichten verletzt – das Bild des guten Pfarrers sollte unangetastet bleiben. Diesem obersten Ziel wurden nicht nur Kinder geopfert, sondern auch der Friede in der Gemeinde Freisen/Oberkirchen. Endlich verdienen die Betroffenen eine angemessene Entschädigung für Traumatisierung und Zerstörung von Lebensglück. Das unermessliche Versagen der Bischöfe muss aufgearbeitet und geahndet werden; das war nicht die Aufgabe des Landgerichts

Saarbrücken, das muss die entsprechende Kommission leisten. Das Ergebnis kann nur die Forderung nach dem Rücktritt der Amtsträger sein, Amtspflichtverletzungen diesen Ausmaßes können nicht als „Fehler“ kleingeredet werden, wie Bischof Ackermann das als Zeuge vor Gericht versuchte. Bei MissBIT melden sich wieder neue Betroffene; das ist gut, denn nur sie können Licht in die katholischen Dunkelräume bringen. Und auch wenn der Missbrauch lange zurückliegt: Ihre Zeugnisse dienen der Aufarbeitung.

Jutta Lehnert, Waldesch, Vorstand MissBIT (Missbrauchsoffer im Bistum Trier)

## Wie sähe heute die Welt aus, hätte man Hitler nicht gestoppt?

### Ukraine-Krieg

**Zum Artikel „Wagenknecht, Schwarzer und ‚der Aufstand‘“ (TV vom 27. Februar):**

Die Welt gerät mehr und mehr aus den Fugen. Viele Regierungen der Welt sind Diktaturen. Wir haben das große Glück, in einer Demokratie leben zu dürfen. Um so mehr wundert es mich, dass doch ein großer Teil unserer Bevölkerung sich wieder nach Zeiten der Unterdrückung, der Pressezensur und Agitation und der Verfolgung Andersdenkender wie zu Zeiten des Dritten Reichs sehnt. Allen Putin-Verstehern kann ich die Dokumentation „Hitlers Macht“ mit den Folgen „Der Aufsteiger“, „Der Herrscher“, „Der Zerstörer“

empfehlen, zu sehen in der Mediathek des ZDF. Wie heißt es doch so schön? Aus Schaden wird man klug. Scheinbar gilt das nicht, wenn es darum geht, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Auch heute gelingt es scheinbar immer und überall, das Volk durch geschickte Propaganda, Agitation, Lügen, Verfolgung Andersdenkender, Zensur der Presse und so weiter für dumm zu verkaufen. Der Blick in unsere Geschichte zeigt, was passiert, wenn man einen Diktator nicht stoppt. Nachdem Hitler 1939 widerstandslos Polen besetzte, machte er sich über fast ganz Europa her. Seit Putin an der Macht ist, hat er Kriege mit äußerster Brutalität ge-

führt. Dabei richtet sich der Kampf kriegsverbrecherisch gegen die lebenswichtige Infrastruktur und gegen die Zivilbevölkerung. Ganz zu schweigen von der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, der Skrupellosigkeit, Tausende als Kanonenfutter in den Krieg zu schicken, um seine imperialistischen Eroberungen durchzusetzen. Auf einer Großdemo in Berlin ließ Sahara Wagenknecht von der Partei Die Linke die Teilnehmer wissen, Deutschland sei „kriegsbesoffen“, und von Alice Schwarzer, der Herausgeberin der Zeitschrift „Emma“ erfuh man, Russland sei nicht zu besiegen. Eine klare Ansage, den für den Krieg Verantwortlichen

beim Namen zu nennen, und die Liste seiner Vernichtungsfeldzüge zu thematisieren, wäre sicher hilfreich gewesen. Zum Glück verfielen die Alliierten im Zweiten Weltkrieg, wenn auch erst spät, nicht dem Irrglauben, Deutschland sei aufgrund der vielen erfolgreichen und oft bejubelten Eroberungsfeldzüge nicht zu besiegen. Den Kopf in den Sand zu stecken, der Dinge zu harren, die da kommen, kann nicht die Lösung sein. Ich frage mich: Wie sähe heute die Welt aus, hätte man Hitler nicht gestoppt? Ich frage mich: Wie sieht die Welt in naher Zukunft aus, wird Putin nicht gestoppt?

Manfred Rudolf, Föhren

## Was steht hier alles auf dem Spiel!

### Flughafen Hahn

**Zum Artikel „Verkaufspoker um Flughafen Hahn geht weiter“ (TV vom 27. Februar) und anderen:**

Seit Wochen läuft wieder einmal der Verkauf des Flughafen Hahn. Interessenten hat es einige, ob sie den Flughafen tatsächlich bekommen ist fraglich, besonders der russische Investor Viktor Charitonin ist in der Kritik. Die Gläubiger und ihr Anwalt, der Insolvenzverwalter, ... alle sind ungeduldig, wollen das Ganze schnell über die Bühne bringen. Denkt man hier eigentlich auch mal darüber nach, was dabei alles auf dem Spiel steht? In der Eifel der Flughafen Büchel, auf dem Atomwaffen lagern, in der Pfalz die Ramstein Air Base, die Drehscheibe für Fracht- und Truppentransporte der US Air Force, und in der Mitte ein Flughafen, der vielleicht an einen russischen Investor verkauft wird. Und das in der aktuellen Kriegssituation! Egal, wer den Flughafen kaufen darf – eine Sicherheit, was danach damit passiert, gibt es nicht. Das hat die Vergangenheit gezeigt. Aber angesichts der aktuellen Kriegssituation und der vielen Probleme die auch noch auf uns alle zukommen können, sollten wir genau hinschauen, wer auf dem Hahn danach das Sagen hat!

Ursula Meyer, Bernkastel-Kues

## Ukrainische Kultur sollte verschwinden

### Holodomor

**Zu „Studentinnen erinnern an Hungermord“ (TV vom 25. Februar):**

Ein Dankeschön für den Artikel, über die Studentinnen Oksana Petruk und Anhelina Leshak und deren Gedenktion. Geschichte scheint sich zu wiederholen, denn Putin wandelt auf Stalins Spuren. Dieser versuchte schon in den 1930er Jahren, den Freiheitswillen der Ukrainer zu unterdrücken und die sowjetische Herrschaft dort zu festigen. Ukrainische Kleriker wurden ermordet, und Tausende Intellektuelle wurden nach Sibirien deportiert – nahezu wörtlich zitiert aus Wikipedia „Holodomor“ (*Tötung durch Hunger, Anmerkung der Redaktion*): Im Sinne einer Russifizierung sollte die ukrainische Kultur „ausgemerzt werden, so dass nur noch eine sowjetische Kultur übrig bliebe“. Putin möchte diese Politik anscheinend im Stalin'schen Sinn fortführen. Ich möchte dazu anregen, über den „Holodomor“, etwa bei Wikipedia, nachzulesen.

Werner Kandels, Schüller

**Produktion dieser Seite:**  
Ilse Rosenschild/Ulrike Löhnertz

### HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren, die im Trierischen Volksfreund erschienen sind? Dann schreiben Sie uns!

Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen. Bitte beachten Sie, dass wir aus Platzgründen nicht alle Leserbriefe veröffentlichen können. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und Wohnort in der Zeitung veröffentlicht und archiviert werden. Geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer an.

Kontakt:  
E-Mail: [leserbriefe@volksfreund.de](mailto:leserbriefe@volksfreund.de);  
Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier